

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	3
--------------	---

Univ.-Prof. Dr. Ewald Wiederin

Der Konvent zwischen Verfassungsgebung und Verfassungsänderung	
Eine Einleitung	7

Hofrat des VwGH Dr. Robert Schick

Die Rolle des Staatsoberhauptes (im Verhältnis zu Nationalrat und Bundesregierung).....	11
I. Vorbemerkung.....	11
II. Die Darstellung der Befugnisse des Bundespräsidenten in der Lehre	12
III. Die Genese des Beziehungsgeflechts.....	14
IV. Dogmatischer Kurzaufriß, orientiert an der herrschenden Lehre	16
1. Wahl des Bundespräsidenten	16
2. Befugnisse im Verhältnis zur Bundesregierung	16
3. Befugnisse im Verhältnis zum Nationalrat.....	21
4. Verantwortlichkeit des Bundespräsidenten	22
V. Bewertung der einschlägigen Bestimmungen idF der B-VG- Novelle 1929	23
1. Befugnisse zur Aufrechterhaltung der Systemfunktionen.....	24
2. Darüber hinaus gehende Befugnisse	25
VI. Abhilfe durch den Konvent?	29
VII. Eigene Vorschläge	29
VIII. Schlussbemerkung.....	30

Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek

Grundrechtskompilation oder Grundrechtsreform?	
Gedanken zu Zielen und Funktionsbedingungen einer Grundrechts- revision im Rahmen des „Österreich-Konvents“	31
I. Einleitung	31
II. Gründe für die Notwendigkeit einer Revision des österreichischen Grundrechtskatalogs	32
III. Ziele einer Grundrechtsrevision.....	34
1. Erhaltung des derzeitigen Stands des „Grundrechtsaquis“	35
2. Innovationsoffenheit des Grundrechtskatalogs	35
3. Auf neue Bedrohungssituationen reagieren	36
4. Asymmetrien im geltenden Grundrechtsbestand aufheben – soziale Grundrechte.....	37
5. Ein neuer Grundrechtskatalog als Verwirklichung einer Vision ..	40
IV. Funktionsbedingungen für eine erfolgreiche Grundrechtsrevision....	41
V. Grundrechtskompilation oder Grundrechtsreform?	43

O.Univ.-Prof. Dr. Harald Stolzlechner

Soll das Legalitätsprinzip geändert werden? 49

I. Einleitung; zur Entwicklungsgeschichte des Legalitätsprinzips 49

II. Zum gegenwärtigen Stand der Bedeutung des Legalitätsprinzips ... 52

 A. „Hauptformel“ zur Abgrenzung ausreichender inhaltlicher Vorherbestimmung des Verwaltungshandelns 53

 B. „Differenziertes Legalitätsprinzip“ 55

 C. Legalitätsprinzip und Verordnungsrecht der Verwaltungsorgane 58

 D. Verordnungserlassung und Gemeinschaftsrecht 60

 E. Finale Determinierung 63

 F. Zur rechtlichen Verknüpfung von hoheitlichen und privatrechtlichen Handlungsformen 64

III. Rechtspolitische Beurteilung bisheriger Vorschläge zum Legalitätsprinzip 67

IV. Schlussbemerkung 70

SC Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger

Aktuelle Fragen des Bundesstaatsprinzips

Zum Stand der Bundesstaatsreformüberlegungen im Österreich-Konvent 71

I. Das Bundesstaatskonzept des B-VG 71

II. Die Bundesstaatsreform 72

III. Bundesstaatsreform und Österreich-Konvent 74

 1. Allgemeines 74

 2. Die Reform der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung in der Gesetzgebung 75

 3. Die Reform der bundesstaatlichen Kompetenzverteilung in der Verwaltung 77

 4. Reform der Mitwirkung der Länder an der Bundesgesetzgebung 79

 5. Verfassungsautonomie der Länder 81

 6. Reform der Finanzverfassung 82

IV. Bundesstaatsreform und Österreich-Konvent – Zwischenbilanz zur „Halbzeit“ 82

O.Univ.-Prof. Dr. Walter Berka

Schlusswort 85